MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTS EXTREMISMUS NRW

Mit Rechten streiten?!

Zum Umgang mit rechtspopulistischen und rassistischen Herausforderungen

In Kooperation mit dem

Landesintegrationsrat NRW

02 Vorwort

04 Start
Mit Rechten streiten?

06 Info
Wir gegen die Anderen“ –
Was ist Rechtspopulismus?

08 Info
„Das wird man ja wohl noch sagen dürfen…“
Was sind Stammtischparolen?

10 Info
Stille an Kasse 4
Was ist Zivilcourage?

12 Was tun?
Sie entlarven sich nicht von selbst.
Was tun, wenn RechtspopulistInnen
öffentlich auftreten?

14 Was tun?
„Hierzu habe ich eine
Anmerkung und zwei Fragen“
Was tun bei ungebetenem Besuch?

16 Checkliste
Was tun vor, während und
nach Veranstaltungen?

18 Was tun?
Positionieren und solidarisieren
Was tun bei Diskriminierung in
der Bahn und am Gartenzaun?

20 Was tun?
Von Flüchtlings- und Familienkrisen
Was tun mit Parolen am Küchentisch?!

22 Checkliste
Was tun im Streitfall?

24 Kontakte / AnsprechpartnerInnen

© 12/2016

HERAUSGEBERIN
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim) im Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster.
Kaiser-Wilhelm-Ring 28
48145 Münster
www.mobim.info
(stellvertretend für die Mobile Beratung in NRW)

In Kooperation mit dem Landesintegrationsrat NRW.
Der Landesintegrationsrat NRW wird institutionell gefördert vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

AUTORINNEN
Kathalena Essers
Anna-Lena Herkenhoff
Heiko Klare
Christina Möllers
Michael Sturm

REDAKTION
Kathalena Essers
Heiko Klare
Lena Wacker

GESTALTUNG
„Tüddel“ Heimsoth

In Kooperation mit dem Landesintegrationsrat NRW

Auflage: 2500

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben!

Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen

Meine Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

Rassismus, Rechtsextremismus und -populismus stellen eine große Gefahr für unsere demokratische Einwanderungsgesellschaft dar. Die „Mitte-Studien“ zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland belegen regelmäßig, dass in der Mitte der Gesellschaft ein großes Potenzial mit rechtsextremer Tendenz auszumachen ist.

Daher ist es notwendig, dass unsere Maßnahmen gegen Rechts längerfristig gedacht, geplant und verwirklicht werden. Es wäre ein Fehler, sich ausschließlich mit der Spitze des Eisberges – rechtsextremen und -populistischen Parteien und Gruppierungen zu beschäftigen, ohne den Grund ihrer Entstehung und Verbreitung in unserer Gesellschaft zu verstehen. Um den Rassismus und die darauf basierenden rechtspopulistischen Auswüchse wirksam zurückzudrängen, ist es erforderlich, dass die alteingesessene Bevölkerung die Einwanderungsgesellschaft und die mit ihr verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen begrüßt. Dazu gehört, die kulturellen Zugehörigkeiten und mehrsprachigen Fähigkeiten der Menschen mit Migrationshintergrund – insbesondere der nachfolgenden Generationen – zu schätzen und zu fördern. Die Verbannung jeglicher Art von Fremdenangst und Ausgrenzung der MigrantInnen aus der Mitte der Gesellschaft ist von elementarer Bedeutung für ein gleichberechtigtes und friedliches Zusammenleben.

Ebenso wichtig ist die Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen zur Teilhabe der MigrantInnen an Entscheidungen, die alle EinwohnerInnen der Einwanderungsgesellschaft betreffen. Nur wenn den MigrantInnen durch Chancengleichheit und -gerechtigkeit der Rücken gestärkt wird, können sie sich als Teil der Gesamtgesellschaft fühlen.

Deshalb plädiert der Landesintegrationsrat NRW dafür, stets auf die Potenziale der MigrantInnen zu fokussieren, statt ihre vermeintlichen Defizite hervorzuheben.

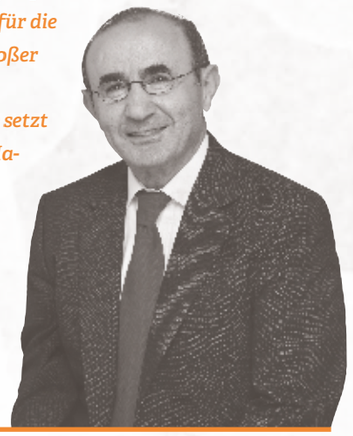
Wasser auf die Mühlen der RechtspopulistInnen ist daher die „Ethnisierung der sozialen Probleme“. Sehr häufig bedienen sich auch VertreterInnen anderer Parteien dieses Schemas und suggerieren, dass es schlichte und schnelle Lösungen für hausgemachte Integrationsprobleme gibt, die strukturell bedingt sind. Damit stärken sie gewollt oder ungewollt die PopulistInnen rechter Couleur.

Aktuelle Umfragen zum Wahlverhalten in Deutschland stellen fest, dass die rechtspopulistischen Parteien bei den anstehenden Wahlen im Jahr 2017 ähnlich hohe Ergebnisse erzielen werden wie bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Berlin, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Eine genaue Betrachtung der Wahlkampfthemen der rechtspopulistischen Parteien und Gruppierungen in den letzten Jahren macht deutlich, dass MigrantInnen inzwischen zu Zielscheiben ihrer feindseligen Hetze geworden sind, während andere Themen wie die EU oder der Euro eher eine nebensächliche Rolle spielen.

Auf diese aktuelle Herausforderung muss die Zivilgesellschaft mit allen möglichen friedlichen Mitteln antworten und die Demokratie vor den Angriffen der Rechten schützen. Dieser wichtigen Aufgabe kommt der Landesintegrationsrat NRW mit seiner Kampagne „Vielfalt schätzen - Rassismus ächten“ nach, die im September 2016 gestartet wurde. Das Ziel unserer Kampagne ist, die WählerInnen davon zu überzeugen, den rechten Parteien eine Absage zu erteilen. Den MigrantInnen und ihren kommunalen Vertretungen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, denn die Spitze der rassistischen Angriffe ist auf sie gerichtet.

Die demokratischen Kräfte müssen in dieser brisanten Phase sowohl Aufklärungsarbeit leisten als auch Strategien und Maßnahmen zur Isolierung und Bekämpfung dieser Parteien und Gruppierungen entwickeln. Die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in den fünf Regierungsbezirken Nordrhein-Westfalens sind dabei die strategischen Partner für die kommunalen Integrationsräte. Diese Zusammenarbeit gilt es zu intensivieren. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus ist mit ihrem fundierten Wissen, dem niedrigschwelligen Angebot und ihrer pointierten Zielsetzung eine wichtige Stütze für die Integrationsräte, um die antirassistische Arbeit vor Ort voranzubringen. Die Integrationsräte sind mit ihrem Zugang zu MigrantInnen(Organisationen), Rat, Fraktionen oder Verwaltung für die Arbeit der Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus von großer Bedeutung.

Genau in diese Kerbe schlägt die vorliegende Publikation. Denn sie setzt sich genau mit den rechtspopulistischen und -extremistischen Machenschaften auseinander, erklärt ihre Funktionsweise und gibt praktische Lösungen, um sie zu entlarven. Diese Handreichung kommt genau zum richtigen Zeitpunkt, um die zivilgesellschaftlichen AkteurInnen bei ihrem unermüdlichen Einsatz gegen Rechts vor Ort zu unterstützen.



Ihr Tayfun Keltek
Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW

Mit Rechten streiten?

„Es ist etwas in Bewegung, die ‚Rote Linie' hat sich verschoben. Das hätte man früher so nicht sagen können."

Häufig haben wir in den letzten Monaten im Kontakt mit BeratungsnehmerInnen aus Parteien, aber auch Engagierten in der Unterstützung von Geflüchteten, kommunaler Verwaltung, Bildungseinrichtungen und anderen gesellschaftlichen Bereichen diese und ähnliche Sätze gehört. Sie beziehen sich auf die Stimmung in den Städten und Dörfern und auf die Wahrnehmung, dass eine Minderheit mit ihren Positionen und Forderungen immer lauter wird. Was heute unter Klarnamen in „Sozialen Netzwerken" geäußert wird, wäre vor ein paar Jahren vermutlich noch nicht einmal anonym als LeserInnenbrief bei der Lokalzeitung eingegangen. Der Hass und die Wut, die sich gegen marginalisierte oder als „fremd" angesehene Menschen und Gruppen, aber auch gegen „die da oben" oder gegen Engagierte richten, sind nicht neu, überraschen aber viele.

Gerade Menschen, die seit jeher zu den Betroffenen rassistischer Ausfälle und rechter Gewalt gehörten, überrascht wiederum diese Reaktion. Für sie gehört der Hass, die Ausgrenzung und der „dumme Spruch" zum Alltag. Die oft angenommene „neue Qualität" ist so wohl auch in der Ausweitung der Anfeindungen auf bisher nicht betroffene Menschen zu suchen.

Eine rechtspopulistische „Neue Soziale Bewegung"mit so unterschiedlichen AkteurInnen wie PEGIDA, der AfD oder Zeitschriften und Zeitungen, die sich als Gegenentwurf zur verhassten „Lügenpresse" inszenieren, versucht, gesellschaftliche Stimmungen für sich zu nutzen und sie anzuheizen. Konkrete Probleme im Zusammenleben, ungleiche Teilhabemöglichkeiten und die Soziale Frage werden dabei nicht ernsthaft angegangen, sondern lediglich zum Ausgangspunkt einer emotionalisierenden politischen Strategie. Die Reaktion der demokratischen Öffentlichkeit wankt oftmals zwischen Unsicherheit, Ignoranz und Anbiederung.

In unseren Beratungen und Gesprächen haben wir oft über die Mechanismen und Wirkungen von Parolen sowie darüber, was Rechtspopulismus ausmacht, geredet. Wir sind gefragt worden, was man tun kann und wie das geht – in ganz konkreten Situationen. Gemeinsam mit den Ratsuchenden haben wir versucht, uns Antworten anzunähern.

Die Ergebnisse dieser Überlegungen haben Eingang in die vorliegende Handreichung gefunden. Im ersten Teil nähern wir uns den Begriffen „Rechtspopulismus", „Stammtischparolen" und „Zivilcourage", im zweiten Teil schauen wir auf konkrete Situationen und fragen: „Was tun?"

Wir hoffen, allen Engagierten und Herausgeforderten damit eine praktische Hilfestellung und einige Hintergründe in kompakter Form geben zu können.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW

„Wir gegen die Anderen“ – Was ist Rechtspopulismus?

WER SIND „WIR“?

„Unsere Kinder…“, „Unsere Rente…“, „Unsere Steuern…“ – RechtspopulistInnen nutzen solche und ähnliche Bezugspunkte für ihre Parolen. Doch um wessen Kinder, Rente und Steuern geht es denn eigentlich?
Unter einem gedachten ***Wir*** werden etwa „besorgte BürgerInnen“, „LeistungsträgerInnen“ und „SteuerzahlerInnen“ zusammengefasst. Dieses ***Wir*** wird allerdings nicht näher definiert und bleibt damit flexibel. Mal gehören Menschen, die Unterstützung vom Staat empfangen, als „bedürftige deutsche Familien“ dazu, mal werden sie als „Hartz-4-Schmarotzer“ ausgeschlossen.
Wer ausgeschlossen wird und damit nicht mehr zum ***Wir*** gehört, gilt in dieser Sichtweise als verantwortlich für die Politik und Probleme, die angeblich „***unser*** Land ruinieren“. Dazu können Geflüchtete, Intellektuelle, Homosexuelle, nationale und ethnische Minderheiten oder schlicht ***die da*** oben zählen. Die Herstellung von ***Wir*** und ***Nicht-Wir*** ist also beliebig und je nach Situation oder Person anpassbar.

WER IST DAS „VOLK“?

„Wir sind das ***Volk***!“ – RechtspopulistInnen verstehen sich als VertreterInnen einer angenommenen ***schweigenden Mehrheit*** des als homogene Einheit gedachten ***Volkes***. Gleichbedeutend werden auch Zuschreibungen wie „der kleine Mann“ oder „die einfachen/anständigen Leute“ verwendet. Aus einer angeblichen gemeinsamen Herkunft lässt sich aus rechtspopulistischer Perspektive auf natürliche Weise ein gemeinsames Interesse ableiten.
Das ***Volk*** steht in dieser Weltsicht frontal gegen politische und kulturelle Eliten sowie die von diesen angeblich geschützten Minderheiten. Diese teilen nicht dieselbe Herkunft wie das exklusive ***Volk*** und werden daher als ***fremd*** begriffen.
Die ***Eliten*** oder ***die da*** oben verfolgen, so behaupten die RechtspopulistInnen, nur die eigenen moralischen und finanziellen Interessen, sie kümmern sich nicht um das ***Volk***. Die Macht der PolitikerInnen wird als eine angebliche Ursache für komplexe gesellschaftliche und politische Probleme gesehen. Für RechtspopulistInnen liegt eine Lösung daher in der „Rückgabe der Macht“ an das ***Volk***. Sie kommt in Forderungen nach „mehr Mitbestimmung“ zum Ausdruck. Dabei geht es allerdings nicht um Aushandlungsprozesse oder darum, Kompromisse anzustreben. Vielmehr dienen diese vermeintlich direktdemokratischen Forderungen als Instrument in einer auf Emotionalisierung setzenden Strategie.
Wer aber zum ***Volk*** und somit zum ***Wir*** gezählt wird, entscheiden freilich die RechtspopulistInnen selbst. Das ***Volk*** ist demnach keine objektive Kategorie, sondern eine interessengeleitete Konstruktion. Der von RechtspopulistInnen gebrauchte ***Volksbegriff*** steht in einer einer nationalistischen und ausschließenden Tradition.

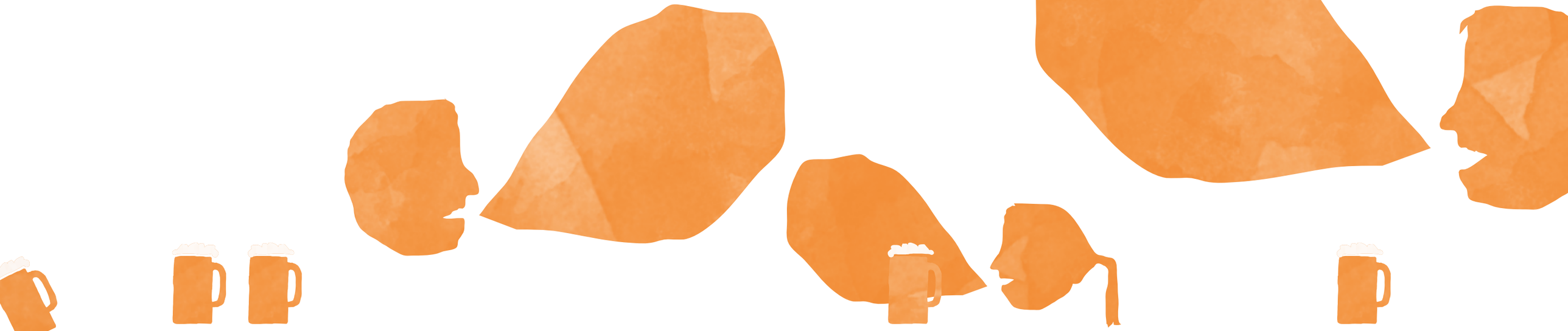
DER „GESUNDE MENSCHENVERSTAND“

„Wir wissen doch alle…“, „Es ist ja nun mal so…“ – Mit solchen Parolen und Pauschalisierungen wird von RechtspopulistInnen der angenommene ***gesunde Menschenverstand*** herangezogen. Vermeintlich breit geteilte gesellschaftliche Stimmungen werden aufgenommen, um die eigenen Meinungen zu rechtfertigen.
RechtspopulistInnen greifen vor allem auf latente Vorurteile oder einfache Deutungen zurück und etablieren auf diese Weise klare Feindbilder. Die Gleichsetzung von Islam mit Islamismus und damit auch Terrorismus spielt etwa Ängste, Ressentiments und muslimfeindliche Einstellungen an, die weit verbreitet sind. Sie werden genutzt, um Menschen muslimischen Glaubens zu diskriminieren und als generelle Gefahr darzustellen. So wird die Angst vor Einwanderung aus islamisch geprägten Ländern geschürt oder überhaupt erst hergestellt.
Die Verantwortung dafür, dass solche als Feindbilder konstruierten Gruppen angeblich einen ihnen nicht zustehenden, massiven gesellschaftlichen Einfluss haben, wird grundsätzlich der „abgehobenen politischen Klasse“ zugeschrieben. So wird etwa die behauptete massenhafte Umbenennung von „Weihnachtsmärkten“ in „Wintermärkte“ als Angriff auf die „christlich, abendländische Kultur“ etikettiert oder die Rücksichtnahme auf religiöse Speisevorschriften als „Schweinefleischverbot“ für alle umgedeutet.

EMOTIONALISIERUNG VON POLITIK

„Das wird man ja wohl noch sagen dürfen…“ – RechtspopulistInnen beanspruchen für sich, Tabus zu brechen und endlich anzusprechen, was sich andere Menschen aufgrund des angenommenen gesellschaftlichen Drucks der ***politischen Korrektheit*** nicht trauen zu äußern. Die tatsächliche Präsenz rechtspopulistischer AkteurInnen und der von ihnen vertretenen Thesen in Fernsehtalkshows und Zeitungen verdeutlicht dagegen eher, dass im Gegenteil auch solche Positionen lautstark geäußert werden können. Den vermeintlichen Tabubruch inszenieren RechtspopulistInnen öffentlich und stellen sich selbst als die dar, die ***die Wahrheit*** endlich aussprechen. Werden entsprechende Standpunkte kritisiert oder vorgebliche Fakten widerlegt, sehen sie sich selbst wiederum als Opfer einer angeblichen ***linken Meinungsdiktatur*** und machen so eine sachliche, nicht emotionalisierte Diskussion unmöglich.

„Das wird man ja wohl noch sagen dürfen…“ Was sind Stammtischparolen?



Rechtspopulismus äußert sich in Aussagen, die umgangssprachlich auch „Stammtischparolen“ genannt werden. Dabei soll nicht der Anschein erweckt werden, Stammtische seien per se rechtspopulistisch oder solche Aussagen kämen nur in biertrinkend-redseliger Kneipenatmosphäre zur Sprache. Stammtische stehen in diesem Fall eher als Sinnbild für eine Bühne, auf der ausschließende und pauschale Äußerungen getätigt werden. Weitere solcher „Bühnen“ können der öffentliche Raum, Schulen, Parlamente, Bushaltestellen, Familiengeburtstage oder eben auch der Kneipentresen sein.

PAUSCHAL DAGEGEN

In den Aussagen spiegeln sich viele Charakteristika des Rechtspopulismus, etwa das Denken in Freund-Feind-Kategorien. Die eigene Gruppe ***(Wir)*** wird überhöht, andere Gruppen ***(Nicht-Wir)*** werden abgewertet. Dabei geht es auch darum, den privilegierten Status der eigenen Gruppe innerhalb der Gesellschaft zu wahren. Zentral für „Stammtischparolen“ sind darüber hinaus pauschalisierende und ablehnende Haltungen gegenüber anderen Lebensentwürfen und die Bezugnahme auf den gesunden Menschenverstand.

NORMSETZUNGEN UND INSTRUMENTALISIERUNGEN

RechtspopulistInnen positionieren sich, beispielsweise nach den Übergriffen und Vergewaltigungen in Köln in der Silvesternacht 2015/16, scheinbar deutlich gegen sexualisierte Gewalt. Dabei jedoch gilt der Schutz vor dieser in erster Linie weißen Frauen („unsere Frauen“) durch weiße Männer. Die gesellschaftliche Debatte „nach Köln“ drehte sich, angeheizt und emotionalisiert auch durch populistische Äußerungen, schnell nicht mehr um die Betroffenen, sondern stets um die nicht-weißen Täter, in deren angeblich unveränderlicher „Kultur“ sexuelle Übergriffigkeit gegenüber Frauen angelegt sei. Es geht eben nicht darum, Betroffene zu Wort kommen zu lassen oder nicht-männliche Perspektiven einzubringen. Zudem werden in „Stammtischparolen“ – von Männern, aber auch von Frauen – häufig klassische Geschlechterrollen als „normal“ vorausgesetzt, während jede Abweichung von dieser gedachten Norm als widernatürlich gilt.

EINFACHE ANTWORTEN AUF KOMPLEXE FRAGEN

Der Reiz von Stammtischparolen besteht darin, einfache Antworten auf komplexe gesellschaftliche und politische Fragestellungen zu formulieren. Diese einfachen Lösungen enthalten zumeist die Forderung nach hartem Durchgreifen von Politik, BürgerInnen, der Polizei oder anderen AkteurInnen.
Stammtischparolen werden häufig unerwartet geäußert, sind polarisierend und provozierend. Sie werden aggressiv und häufig lautstark vorgetragen. Sie überrumpeln sowohl durch ihre Emotionalität wie auch durch das mangelnde Empathievermögen derjenigen, die sie äußern.

BEHAUPTEN UND PROVOZIEREN

Wer sich mit Stammtischparolen und den „ParolenschwingerInnen“ auseinandersetzen will, sieht sich meistens zunächst in der Defensive und ist gezwungen zu reagieren, statt selbst zu agieren. Die platten Aussagen reihen sich aneinander, das „Parolenspringen“ erschwert die Reaktion. Dabei geht es denjenigen, die Stammtischparolen nutzen, in der Regel nicht darum zu argumentieren. Es reicht aus, die Behauptungen in die Welt zu setzen und damit zu provozieren.
In diesem Verhalten spiegelt sich eine Ablehnung ziviler Auseinandersetzung und damit einer Streitkultur, in der die Beteiligten sich aufeinander einlassen. Gesprächsregeln, die im demokratischen Zusammenleben gelten – sich ausreden lassen, einander ernst nehmen und in einen Austausch kommen – werden als überflüssig erachtet.

Stille an Kasse 4
Was ist Zivilcourage?

Es herrscht rege Betriebsamkeit. Vor den Supermarktkassen stauen sich die KundInnen mit ihren Einkaufswagen. Die MitarbeiterInnen bringt dies kaum aus der Ruhe. Routiniert ziehen sie Joghurt-Becher, Rotweinflaschen und Fischstäbchenpackungen über den Scanner und kassieren. Doch auf einmal geraten die scheinbar so eingespielten Abläufe in Verzug: Eine Kundin findet sich nicht mit den Münzen und Geldscheinen zurecht. Sie ist mit der deutschen Währung nicht vertraut und tut sich schwer damit, den Wert der einzelnen Scheine zu unterscheiden. Offenkundig hält sich die Frau noch nicht lange in Deutschland auf, zumal sie auch den zunächst etwas hilflos wirkenden, dann zunehmend ungeduldigen Kassierer, der ihr wiederholt den von ihr zu zahlenden Betrag nennt, nicht versteht. Unruhig werden aber auch einige der in der Schlange stehenden KundInnen. Genervte Blicke, Kopfschütteln, schließlich nörgelt ein älterer Herr in einem gereizten Tonfall und in einer Lautstärke, die für alle Umstehenden vernehmbar ist: „Geht's hier mal weiter? Die Flüchtlinge halten den ganzen Laden auf. Ich frag' mich, warum die hier überhaupt einkaufen müssen." Stille an Kasse 4. Und in das Schweigen inmitten des geschäftigen Treibens schiebt er hinterher: „Ich frag' mich auch, woher die überhaupt das Geld haben, um hier groß einzukaufen." Der Samstag hat kaum begonnen und da sind sie schon wieder: die populistischen Pöbeleien, die „Stammtischparolen". Der Abend zuvor war ganz ähnlich zu Ende gegangen. In der Straßenbahn auf dem Weg nach Hause hatten drei junge Männer, dem Vernehmen nach Studenten, über „die" Muslime hergezogen. Im Gedächtnis haften blieben davon Phrasen wie „ganz andere Kultur", „integrationsunwillig" und „Terroristen".

ANSPRUCH UND REALITÄT

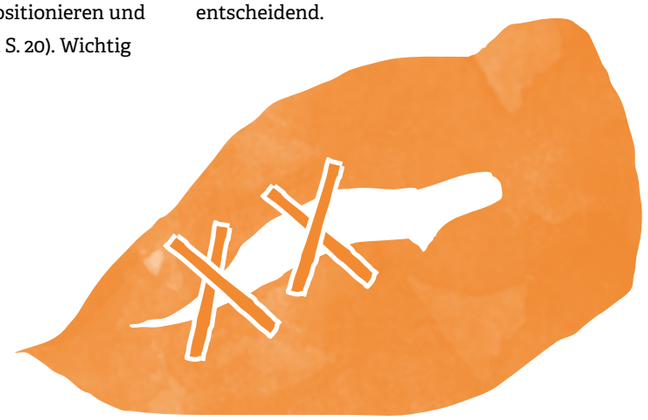
An der Supermarktkasse wie auch am Abend zuvor in der Straßenbahn wäre es eigentlich angebracht gewesen, dem älteren Herrn wie auch den drei Studenten – zumindest verbal – entgegenzutreten. Letztendlich blieb es jedoch beim Schweigen – dem eigenen und dem der anderen – und somit einer weiteren vertanen Chance, „Zivilcourage" zu zeigen. Auch wenn schon kurz danach im Kopf eine hieb- und stichfeste Argumentationsstrategie entstand, die „man" hätte verfolgen können, wenn „man" denn reagiert hätte. Das Eingeständnis, ausgrenzenden Parolen nur ungenügend entgegengetreten zu sein, ist für viele Engagierte eine ernüchternde Erkenntnis. Oftmals kollidieren die eigenen Ansprüche, jederzeit gegen jede Form von Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus einzutreten, mit der Realität einer diskriminierenden Situation. Angesichts der Vehemenz, mit der Ressentiments geäußert werden, fühlen wir uns überrumpelt und sprachlos. Und nicht zuletzt ist da das Gefühl einer grundlegenden Verunsicherung über den möglichen Fortgang des Geschehens: Bringe ich mich selbst in Gefahr, wenn ich Position beziehe und den Pöbeleien etwas entgegensetze?

DAS „RICHTIGE" TUN?

Zivilcourage taucht als Schlagwort in vielen Gesprächen, Diskussionen und Auseinandersetzungen zur aktuellen Debatte um Flucht- und Migrationsbewegungen und die Unterbringung geflüchteter Menschen in Deutschland auf. Dabei kann zivilcouragiertes Handeln ganz unterschiedliche Reaktionen auf viele Situationen meinen, in denen betroffene Personen involviert sind oder Menschen einfach einen „dummen Spruch" in die Welt setzen,
Was ist also „Zivilcourage"?
Geht es dabei um körperliches oder sprachliches Eingreifen?
Geht es darum zu überzeugen oder „nur" selbst Position zu beziehen? Muss es immer laut sein oder geht Zivilcourage auch leise?
„Ich hätte gern was gemacht, aber ich hab's nicht geschafft" – so oder ähnlich äußern Viele, die gern aktiv geworden wären, ein schlechtes Gefühl im Nachgang herausfordernder Situationen. Der Gedanke, das „Richtige" tun zu wollen, kann leicht überfordern und setzt unter Druck. Nichts zu tun, erscheint dann unter Umständen als bessere Alternative, um nichts falsch zu machen.
Bei couragiertem Handeln geht es jedoch nicht darum, etwas richtig oder falsch zu machen. Eine Reaktion ist nicht immer notwendig oder sinnvoll, eigene Betroffenheit, Unsicherheit oder schlichtweg die Tagesform machen die Entscheidung, etwas zu tun, zu einer sehr persönlichen. Auf sich selbst zu achten, ist dabei die wichtigste Regel. Habe ich als außenstehende Person Angst einzugreifen, weil ich mich in der Situation überfordert fühle, sollte ich dieses Gefühl auch ernst nehmen. Dadurch vermeide ich, mich in eine Situation zu begeben, die ich selbst nicht mehr oder nur noch schwer kontrollieren kann.

HALTUNG ZEIGEN UND POSITION BEZIEHEN

Andere Menschen sind genauso in der Verantwortung – bestenfalls geht Zivilcourage von Vielen aus und nicht nur von Einzelnen. Genau das kann in der Situation auch kommuniziert werden und die Angst davor nehmen, alleine eingreifen zu müssen.
Die Möglichkeiten, mutig und offen Position zu beziehen, sind vielfältig. Den eigenen Standpunkt laut zu äußern, Zögernden damit eine Orientierung zu bieten und den „PöblerInnen" zu signalisieren, dass deren Haltung nicht widerspruchslos hingenommen wird setzt ein deutliches Zeichen. Je nach Situation bietet es sich aber auch vielleicht an, betont sachlich zu diskutieren (Konkrete Beispiele siehe „Positionieren und Solidarisieren", S. 20). Wichtig ist es dabei, sich über sein Ziel gegenüber der pöbelnden Person im Klaren zu sein – will ich überzeugen, unterbinden, andere Menschen mit aufrufen sich zu positionieren oder einfach nur selbst aktiv werden, um ein Zeichen für mich und andere zu setzen?
Die Entscheidung, zivilcouragiert zu handeln beruht auf einer Haltung die Argumente, Aussagen und Verhaltensweisen, die ausschließend und verletztend sind, entgegentreten will. Einer Reaktion liegt daher in der Regel die – bewusste oder unbewusste – Überlegung zu Grunde, dass im Zusammenleben einer Gesellschaft kein Mensch ausgeschlossen oder schlechter behandelt werden sollte.
Dabei geht es weniger darum, Menschen zu überzeugen, sondern vielmehr ein gesellschaftliches Klima zu transportieren, das sich an den Menschenrechten orientiert und menschenrechtswidriges Handeln nicht unwidersprochen zulässt. Ob diese Haltung aus moralischen, humanistischen, religiösen oder anderen Motiven entsteht, ist dabei nicht entscheidend.



Sie entlarven sich nicht von selbst. Was tun, wenn RechtspopulistInnen öffentlich auftreten?

An vielen Schulen ist es Tradition: Im Wahlkampf werden die VertreterInnen der Parteien, die Aussicht auf einen Einzug in den Land- oder Bundestag haben, zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Aber auch Lokalzeitungen, BürgerInnenbündnisse oder die Volkshochschule laden zu solchen Veranstaltungen ein, bei denen sich die AkteurInnen präsentieren und ihre Programme vorstellen können.

Im Umgang mit extrem rechten Parteien gab es bisher zwei Positionen: entweder, die VertreterInnen beispielsweise der NPD wurden mit Verweis auf die Weigerung der Partei, sich als Teil der demokratischen Auseinandersetzung zu verstehen, gar nicht erst eingeladen. Auch die Aussichtslosigkeit, überhaupt in die Parlamente einzuziehen, wurde als Argument für die Auswahl der DiskutantInnen genutzt. Auf der anderen Seite gab es durchaus Veranstaltungen, bei denen extrem rechte Parteien und ihre VertreterInnen mitdiskutieren sollten. Bei den Veranstaltenden, also etwa der Kirchengemeinde, der Schule oder der SchülerInnenvertretung, gab es dann die Haltung: „Die entlarven sich doch von selbst!“.

Diese Einschätzung war und ist falsch. Extrem rechte, aber auch rechtspopulistische „Argumente“ sind vielleicht für diejenigen selbstentlarvend, die sich einer eigenen, aufgeklärten und an einer demokratischen Auseinandersetzung orientierten Haltung sicher sind. Gerade für im politischen Diskurs weniger routinierte, für einfache Lösungen offene Jugendliche und junge Erwachsene auf der Suche nach Deutungen und Orientierung, sind die schnellen, plakativen Antworten auf komplexe Fragen und Herausforderungen attraktiv. So klar die Sache aus Sicht der „Guten“ ist: eine solche ***Diskussion läuft nicht von allein***, das Ergebnis ist nicht vorgezeichnet.

Der den rechtspopulistischen Äußerungen zu Grunde liegende Rassismus, die Verkürzung gesellschaftlicher Probleme auf ein „Die“ und „Wir“ oder die Anklage gegen „die da oben“ verändern eine Diskussion. Die vorgeblichen Argumente können schnell dominieren, die anderen Teilnehmenden arbeiten sich daran ab, die Moderation muss auf Provokationen reagieren. Die doppelte Strategie von Tabubruch („Das wird man ja wohl noch sagen dürfen!“) und Opferinszenierung („Politische Korrektheit“, „Sprechverbote“) erschwert eine sachliche Diskussion über tatsächliche Themen, die die Menschen im Ort umtreiben.

Wenn rechtspopulistische PolitikerInnen eingeladen werden, sollten solche Veranstaltungen gut vorbereitet sein. Die ***ModeratorInnen*** sollten Erfahrung im Umgang mit hitzigen Auseinandersetzungen haben. Sie sollten die Teilnehmenden immer wieder auf die Diskussion möglichst konkreter, den Ort betreffende Themen und vor allem realistische Lösungsansätze verpflichten, damit das „Parolenspringen“ unterbinden und eine sachliche Gesprächsatmosphäre einfordern. Die ***MitdiskutantInnen*** sollten sich im Vorfeld sowohl mit den potentiellen rechtspopulistischen „Argumenten“ wie auch den eigenen Positionen auseinandersetzen: Was heißt denn für mich, meine Partei oder Institution überhaupt „Demokratie“? Wofür stehe ich bei uns im Ort, an der Schule oder der Organisation ein? Warum stelle ich mich gegen diskriminierende Positionen, was ist meine/unsere Deutung gesellschaftlicher Probleme? Eine Absprache und gemeinsame Zielsetzung erleichtert den TeilnehnerInnen die Reaktion gegenüber rechter Polemik vom Podium und aus dem Plenum (siehe „Hierzu habe ich eine Anmerkung und zwei Fragen“, S. 16).

Gerade im Schul- oder Bildungsbereich sollten solche Veranstaltungen nicht für sich stehen – ob nun rechtspopulistische Parteien eingeladen beziehungsweise „WutbürgerInnen“ im Publikum befürchtet werden oder nicht. Eine ***Vorbereitung***, gerade in der Schule, versetzt die ZuhörerInnen in die Lage, sich eine eigene Meinung auf der Grundlage von (Vor-)Wissen zu bilden, ohne sich lediglich auf den durch die RechtspopulistInnen angesprochenen „gesunden Menschenverstand“ zu verlassen. Zudem können vorbereitete Fragen, die konkrete Interessen von SchülerInnen betreffen, die Diskussion versachlichen und strukturieren.

Im Rahmen einer ***Nachbereitung*** können offene Fragen geklärt und unterschiedliche Sichtweisen präsent gemacht werden. Hier geht es nicht um „richtig“ oder „falsch“, vielmehr eröffnet sich ein Diskussionsraum, um auch über schwierige Themen zu sprechen und gegebenenfalls zu streiten – allerdings in einem demokratischen Rahmen mit Interesse und Wertschätzung anderer Positionen. Gerade, wenn die Erwartungen an die Veranstaltung nicht erfüllt wurden – weil sie vielleicht zu hoch waren oder weil es doch zu einer bloßen Auseinandersetzung mit den rechtspopulistischen AkteurInnen und ihren Parolen kam – ist eine Nachbereitung unerlässlich. Diese kann in der Schule, aber auch in der Öffentlichkeit (beispielsweise der Lokalzeitung oder auch in im Ort viel genutzten Gruppen in Sozialen Netzwerken) geführt werden. Hier kommt es dann darauf an, einfache Lösungen und platte Parolen nicht unwidersprochen stehen zu lassen, die Inszenierung als Tabubrecher und Opfer von „Sprechverboten“ zu durchbrechen sowie eine klare, demokratische und menschenrechtsorientierte Haltung zu formulieren.

EINLADEN ODER NICHT? Soll eine rechtspopulistische Partei eine Bühne bekommen? Soll ein/e AkteurIn bewusst eingeladen werden? Diese Fragen stellen sich Engagierten in der Planungsphase. Zuerst sollte aber der Charakter der Veranstaltung geklärt werden. Handelt es sich um eine Podiumsdiskussion, bei der sich KandidatInnen aussichtsreicher Parteien vorstellen? Dann kann es ratsam sein, dass alle relevanten Personen eingeladen werden. Ein Ausschluss bestimmter AkteurInnen würde unter Umständen als undemokratischer Eingriff verstanden und von den betroffenen Parteien sicher in diese Richtung instrumentalisiert werden. Hier gilt es, die Veranstaltung sehr gut vor- und nachzubereiten (siehe oben und Checkliste).

- Soll bei einer Veranstaltung über ein bestimmtes Thema, etwa die Auswirkungen von Flucht und Asyl auf den Ort, diskutiert werden, gibt es vielleicht objektiv „spannendere“ GesprächspartnerInnen, die neue Perspektiven oder inhaltliche Aspekte beizutragen haben und nicht parteipolitisch gebunden sind. Zudem wird eine Diskussion nicht unbedingt besser, umso kontroverser sie geführt wird. Es ist daher legitim, nicht alle denkbaren Positionen zu einem Thema in Form von DiskutantInnen auch „auf die Bühne“ zu holen.

Ist das Ziel der Veranstaltung eher die Vermittlung von Informationen, empfiehlt sich ebenso die Suche nach AkteurInnen, die mit Bezug zum Ort und Erfahrungen aus der eigenen Arbeit beispielhaft die Komplexität der jeweiligen Themen darstellen können – und nicht daran interessiert sind, diese populistisch in Frage zu stellen.

„Hierzu habe ich eine Anmerkung und zwei Fragen“ Was tun bei ungebetenem Besuch?

Ein Vortrag zum Thema Rechtspopulismus zieht auch diejenigen an, um die es eigentlich gehen soll. Eine Informationsveranstaltung zur Unterbringung von Geflüchteten im Stadtteil entgleitet völlig, denn schnell geht es in der Diskussion nicht mehr um Ideen und Fragen zum zukünftigen Zusammenleben, sondern diskriminierende Parolen und rassistische Ressentiments dominieren den Raum.
Solche und ähnliche Situationen entstehen immer wieder, wenn an öffentlichen Veranstaltungen nicht nur diejenigen teilnehmen, die ein wirkliches Interesse am Thema und am offenen Austausch haben, sondern auch die, die sie als Podium für ihre Propaganda nutzen oder auch einfach ihren Frust loswerden wollen.
Auch RechtspopulistInnen versuchen diese Anlässe für sich zu nutzen. Das Einfordern von radikalen Lösungen wie Massenabschiebungen oder das vollständige Schließen der Grenzen ist häufig Teil ihrer „Argumentation“. Durch kalkulierte und vermeintliche Tabubrüche sowie Provokationen verschieben sie die Grenze des Sagbaren nach rechts. Eine Strategie, zu der außerdem die Inszenierung als Opfer angeblicher „Meinungsverbote“ gehört. Vor allem wenn sie für ihre Äußerungen Gegenwind bekommen, rudern sie entweder zurück oder empören sich: „man wird ja wohl noch sagen dürfen“.
An einer ergebnisoffenen und lösungsorientierten Diskussion ist diesen AkteurInnen nicht gelegen, stattdessen wird häufig gepöbelt oder Stimmung gemacht – zum Nachteil für Inhalte und andere Teilnehmende.
In einigen Fällen kann es deshalb sinnvoll sein, entsprechende Personen von vorne herein von diesen Veranstaltungen auszuschließen. Im Rahmen des ***Hausrechts*** ist das in geschlossenen Räumen grundsätzlich möglich, allerdings muss vorab in allen Ankündigungen und Einladungen darauf hingewiesen werden – beispielsweise mit Hilfe einer „***Ausschlussklausel***“.

*****DIE AUSSCHLUSSKLAUSEL***
Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.

Vermeiden lassen sich solche Versuche oder Störungen allerdings auch dadurch nicht immer. Denn an öffentlichen Veranstaltungen darf erst einmal grundsätzlich jede/r teilnehmen. Oft sind es zudem gar nicht unbedingt Neonazis oder bekannte RechtspopulistInnen, die mit rassistischen Parolen oder anderen diskriminierenden Äußerungen dafür sorgen, dass eine Veranstaltung in der Volkshochschule oder ein Infostand in der Fußgängerzone für alle anderen ein unangenehmes Unterfangen werden kann. Viel häufiger sind es ganz „normale“ Leute – eine Nachbarin, ein Vater aus der Krabbelgruppe, die Trainerin im Sportverein – die als „besorgte BürgerInnen“ auftreten und mit (bewusst oder unbewusst) rassistisch aufgeladenen Argumentationen provozieren, ihrem Ärger Luft machen oder Ängste schüren.
Wie bei der Beteiligung von RechtspopulistInnen auf der Bühne (siehe „Sie entlarven sich nicht von selbst, S.14) kann auch hier eine souveräne und geübte Moderation helfen, die Diskussion sachlich zu halten und nicht abdriften zu lassen, indem sie auf die Einhaltung von Gesprächsregeln besteht und die Diskutierenden immer wieder zurück zum Thema holt.
Auch das Abblocken von Fragen oder Beiträgen kann vor dem Hintergrund durchaus legitim sein: wenn sie beispielsweise den Rahmen der Veranstaltung sprengen oder dadurch andere Personen und andere Fragen nicht mehr zum Zuge kommen.
Als praktisch hat sich hierbei erwiesen, eine verantwortliche Person für das Saalmikrofon zu haben, die dieses nicht aus der Hand gibt, sowie jemanden an der Tontechnik, der auch von dort aus das Mikrofon steuern kann.
Die Gesprächsbedingungen und -regeln sollten zu Beginn der Veranstaltung aufgestellt und transparent gemacht werden.
Sich gegenseitig ausreden zu lassen gehört dabei ebenso zu einer respektvollen Diskussionskultur wie das Verzichten auf beleidigende oder diskriminierende Äußerungen. Denn auch wenn RechtspopulistInnen gern das Gegenteil behaupten: Diskriminierende Aussagen sind keine Form demokratischer Meinungsäußerung und werden von der Meinungsfreiheit nicht abgedeckt. Kommt es trotzdem zu solchen Äußerungen, sollten diese auf keinen Fall unwidersprochen stehen bleiben. Vor allem wenn es keine Reaktion anderer VeranstaltungsteilnehmerInnen gibt, sollten die Veranstaltenden deutlich Position beziehen.
Auch wenn dadurch zwar nicht unbedingt die Person erreicht wird, die sich rechtspopulistisch oder rassistisch äußert, ist sie dennoch notwendig um (potenziell) Betroffene nicht allein zu lassen, und kann diejenigen ermutigen und die Position derer stärken, die anderer Meinung sind.
Auch darum zu bitten, sich bei der ersten Wortmeldung kurz vorzustellen, kann hilfreich sein. Wenn namentlich und vielleicht sogar aus einer bestimmten Position Stellung bezogen wird, macht das zum einen die Diskussion transparenter, zum anderen steigt die Hemmschwelle für Provokationen oder Beleidigungen. Sollten an der Veranstaltung bekannte rechte AktivistInnen teilnehmen, die sich selbst nicht outen, sollte auf diesen Hintergrund ebenfalls hingewiesen werden.
Personen, die offensichtlich nicht in friedlicher Absicht gekommen sind und die Veranstaltung „gröblich stören“, können auch im Verlauf der Veranstaltung noch ausgeschlossen werden. Zur Durchsetzung braucht es in jedem Fall verantwortliche Personen: Wenn die Teilnahme von StörerInnen wahrscheinlich ist, kann es unter Umständen sinnvoll sein, bereits vorher Absprachen mit der Polizei zu treffen.

*****WORTERGREIFUNGSSTRATEGIE***
Die „Strategie der Wortergreifung“ wurde bereits seit 2003 von der NPD und im Spektrum der „Freien Kräfte“ propagiert, und ist gerade heute, vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Debatten um Flucht und Asyl sowie insbesondere der Frage der Unterbringung von Geflüchteten, noch immer ein wichtiges Aktionsfeld für die extreme Rechte. Neonazis nutzen dabei Anlässe wie BürgerInnenversammlungen und Informationsveranstaltungen als Bühne, um dort ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten. Häufig sind die ideologischen Elemente, zum Beispiel Rassismus und Sozialchauvinismus, verpackt als soziale oder brisante tagesaktuelle Themen: Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und andere Verteilungskämpfe werden beispielsweise mit der sogenannten Flüchtlingskrise in Verbindung gesetzt und es wird rassistisch argumentiert. So soll eine Normalisierung sowohl ihrer Teilnahme an politischen und gesellschaftlichen Debatten, als auch ihrer Positionen und Kampfbegriffe erreicht werden.

Was tun vor, während und nach Veranstaltungen?

Um nicht nur zu reagieren, sondern möglichst vorbereitet mit herausfordernden Situationen umgehen zu können, haben sich einige zentrale Vorgehensweisen bewährt, die hier kurz zusammengefasst sind:

- *EINBETTUNG* Die Veranstaltung sollte nicht für sich stehen, sondern mit den betreffenden Anwesenden vorbereitet (beispielsweise Fragen und Themen sammeln, Wissen vermitteln, Sensibilisierung, ...) und nachbereitet werden (auf offene Fragen eingehen, verschiedene Sichtweisen transparent machen,...). Dies kann sowohl in den betreffenden Einrichtungen als auch öffentlich, zum Beispiel durch einen Zeitungsartikel oder in Sozialen Netzwerken, geschehen.
- *VORBEREITUNG* Das Vorgehen und die Wirkung von VertreterInnen extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien/Gruppen beziehungsweise sich rassistisch äußernden TeilnehmerInnen sollte nicht unterschätzt werden. Es ist hilfreich, sich im Vorfeld mit „Argumenten", Parolen und Programmen auseinander zu setzen, sich über die eigene Haltung bewusst zu werden sowie gegebenenfalls Absprachen mit anderen MitdiskutantInnen zu treffen und eine gemeinsame Zielsetzung zu entwickeln.
- *MODERATION* Die Person, die die Veranstaltung moderiert, sollte Erfahrung im Umgang mit hitzigen Diskussionen haben und inhaltlich vorbereitet sein. Es hilft, schon zu Beginn Gesprächsregeln aufzustellen und für die Einhaltung zu sorgen, eine sachliche Auseinandersetzung und realistische Lösungsansätze einzufordern und Diskussionen wieder zu konkreten Themen zurückzuführen. Diskriminierende Aussagen sollten nicht unwidersprochen stehen bleiben, entsprechende Fragen oder Beiträge dürfen durchaus abgeblockt werden. Es empfiehlt sich, Verantwortliche für ein Saalmikrofon zu benennen, die Monologisierungen unterbinden können.
- *EINLADEN?* Die Auswahl der RednerInnen sollte je nach Charakter und Ziel der Veranstaltung getroffen werden: Ist es sinnvoll und zielführend, für diesen Zweck VertreterInnen von extremen rechten oder rechtspopulistischen Parteien oder Gruppierungen einzuladen? Werden Parteien oder Personen bewusst nicht eingeladen, sollte dies gut begründet und im Schulterschluss mit möglichst allen Beteiligten umgesetzt werden.
- *AUSSCHLIESSEN?* Durch eine Ausschlussklausel (siehe Infobox auf S. 16) können bestimmte Personen(-gruppen) in der Veranstaltungsbekanntmachung vorab von einer Teilnahme ausgeschlossen werden. Auch während der Veranstaltung können „grob störende" TeilnehmerInnen ausgeschlossen werden. Dafür verantwortliche Personen sollten vorab festgelegt, die Zuständigkeiten geklärt (Wer hat das Hausrecht und setzt es gegebenenfalls durch?) und gegebenenfalls Absprachen mit der Polizei getroffen werden.

Positionieren und solidarisieren Was tun bei Diskriminierung in der Bahn und am Gartenzaun?

Die Auseinandersetzung mit ausgrenzenden und diskriminierenden Äußerungen im öffentlichen Raum birgt andere Herausforderungen als der Umgang mit entsprechenden Parolen an den sprichwörtlichen „Stammtischen“, im Familien- und Freundeskreis oder bei Veranstaltungen wie etwa BürgerInnenversammlungen.

Diskriminierende Situationen im öffentlichen Raum lassen sich als vorwiegend spontane Konstellationen charakterisieren. Die Beteiligten – Pöbelnde, die von den Anfeindungen Betroffenen, Umstehende und ZuschauerInnen – kennen sich in der Regel nicht. Dem älteren Herren an der Supermarktkasse oder den drei Studenten in der Straßenbahn (vgl. „Stille an Kasse 4“, S. 12) begegne ich mit großer Wahrscheinlichkeit nur in dieser spezifischen Situation. Insofern sind deren Verhaltens- und Reaktionsweisen nur schwer einzuschätzen. Unklar bleibt in den allermeisten Fällen auch, ob es gemeinsam geteilte Konventionen gegenseitigen Respekts gibt, auf deren Grundlage eine sachliche Diskussion möglich oder überhaupt gewünscht ist. Die Rahmenbedingungen erweisen sich zudem als in der Regel denkbar ungeeignete Orte, darüber eine Verständigung zu erzielen. Die Kurzfristigkeit der Situation schränkt die Handlungsmöglichkeiten weiter ein, fällt es doch schwer einen zwischen zwei Haltestellen herausposaunten rassistischen Spruch ausführlich, nach den eigenen Maßstäben einer sachlichen Argumentation zu widerlegen.

Für den Umgang mit diskriminierenden Äußerungen in solchen oder ähnlichen Situationen erscheint es demnach zunächst wichtig, die ***eigenen Ansprüche zu präzisieren***, um somit auch die daran geknüpften Handlungsoptionen realistisch(er) einschätzen zu können. Zu hohe Ansprüche, etwa die aufgestellte Behauptung in der Situation unbedingt widerlegen oder mein Gegenüber zur Einsicht bringen wollen, können auch lähmend wirken. Ein ***realistisches Ziel*** könnte jedoch darin bestehen, die ***eigene Haltung deutlich*** zu machen, den Pöbeleien Einhalt zu gebieten oder auch (und vor allem!) mit den von diskriminierenden Äußerungen Betroffenen solidarisch zu sein und ihnen Unterstützung anzubieten.

Hierfür bedarf es keiner ausgefeilten Argumentation. Im Gegenteil: Es reichen zwei oder drei für alle Beteiligten und Umstehenden deutlich ***vernehmbar und entschlossen*** ausgesprochene Sätze. Diese könnten, etwa in Konfrontation mit dem älteren Herrn an der Supermarktkasse, folgendermaßen lauten: „Ich möchte Sie bitten, Ihre abwertenden und diskriminierenden Äußerungen zu unterlassen. Es kann nicht angehen, dass hier andere Kundinnen und Kunden beleidigt werden. Ich will das nicht hören und anderen hier geht es ganz bestimmt genauso!“ Ein derart formuliertes Statement kann in zweierlei Hinsicht Wirkung erzielen. Zum einen unterbricht die verbale Intervention den Redefluss der pöbelnden Person, die oftmals regelrecht in Rage gerät und das Schweigen der Umstehenden als Zustimmung interpretiert. Zum anderen kann eine klare Positionierung auch als ***Signal für jene Unentschlossenen und Verunsicherten*** dienen, sich ebenfalls einzumischen. Irgendjemand muss nur den ersten Schritt wagen… Wichtig dabei ist, gegenüber der pöbelnden Person ***ruhig zu bleiben*** – ihr zwar mit einem entschlossenen Statement entgegenzutreten, dabei aber selbst auf Beschimpfungen, persönliche Beleidigungen und aggressiv-drohende Gesten zu verzichten. Es bedarf einer ***klaren Ansprache*** wogegen (Rassismus, Diskriminierung, abwertende Pauschalisierungen) sich die Intervention richtet. Bisweilen können auch Schlagfertigkeit und Ironisierungen Pöbelnde aus dem Konzept bringen.

Natürlich: Nicht jeder Mensch ist schlagfertig und in emotionalen und spontanen Situationen ist es gar nicht so einfach, einen klaren Satz zu formulieren und mit diesem dann selbstbewusst Stellung zu beziehen. Jedoch ist es möglich, selbstbewusstes Auftreten zumindest ansatzweise zu üben. Zahlreiche Bildungsinitiativen bieten beispielsweise Argumentations- und Zivilcouragetrainings an (siehe „Service“, S. 26). Sinnvoll kann es darüber hinaus sein, für sich persönlich intervenierende Sätze zurechtzulegen, aufzuschreiben und diese sich selbst oder vertrauten Menschen immer mal wieder laut vorzulesen. Dabei geht es nicht um „auswendig lernen“, sondern darum ein Gefühl dafür zu bekommen, selbstbewusst eine Botschaft zu formulieren.

Das eigene Selbstbewusstsein wächst auch mit der Wahrnehmung, in diskriminierenden Situationen nicht auf sich allein gestellt zu sein. Von zentraler Bedeutung ist daher zum einen, die ***Umstehenden zu einer entschlossenen Positionierung*** zu ermutigen, zum anderen aber auch vor Ort ***Verantwortliche*** in die Pflicht zu nehmen. Bei fortgesetzten rassistischen Pöbeleien im Zug sollte demnach der/die SchaffnerIn aufmerksam gemacht werden, da es seine/ihre Aufgabe ist, solche zu unterbinden. Selbiges ist die Aufgabe der MitarbeiterInnen eines Supermarkts. Dies kann mit dem Verweis auf die ***Hausordnung*** geschehen. Zahlreiche Verkehrsbetriebe, Ladenketten und andere öffentliche Einrichtungen verfügen darüber hinaus mittlerweile über ***Leitbilder*** und Außendarstellungen, die Offenheit und Inklusion hervorheben und sich von diskriminierenden Verhaltensweisen distanzieren. Bei Übergriffen und Bedrohungen ist es Aufgabe der vor Ort Verantwortlichen umgehend die Polizei zu informieren. Geschieht dies nicht oder sind die eigentlich Zuständigen sogar UrheberInnen der diskriminierenden Sprüche, sollten diese auf die möglichen Konsequenzen ihres Tuns bzw. ihres Unterlassens hingewiesen werden – verbunden mit dem Hinweis, sich über das Verhalten bei der jeweiligen Leitungsebene zu beschweren. Unabhängig davon, ob Verantwortliche ansprechbar sind, ist es gerade im Falle von Übergriffen und bedrohlichen Situationen wichtig, ***Öffentlichkeit herzustellen***. Auch in diesen Kontexten ist es hilfreich, Umstehende gezielt einzubeziehen und zum Handeln zu animieren, etwa durch die Aufforderung: „Hier wird ein Mensch bedroht. Sie, mit der bunten Mütze, rufen Sie sofort die Polizei!“

Bei aller Fokussierung auf den/die UrheberIn der diskriminierenden Sprüche sollten jedoch keinesfalls die von den Anfeindungen Betroffenen aus dem Blick geraten. ***Empathie und Solidarität*** kann auf unterschiedliche Weise zum Ausdruck gebracht werden. Manchmal ist es schon ein freundlicher Blick, der Betroffenen das Gefühl gibt, nicht alleine zu stehen. Ein weiterer Schritt sollte sein, die Betroffenen gezielt anzusprechen und ihnen Unterstützung anzubieten, diese jedoch nicht aufzudrängen.

Von Flüchtlings- und Familienkrisen Was tun mit Parolen am Küchentisch?!

Die gesellschaftlichen Kontroversen entlang des Themas Flucht, Asyl und Zuwanderung beschränken sich keineswegs auf den öffentlichen Raum oder auf Orte dezidiert politischer Auseinandersetzungen. Sie reichen bis in private Beziehungen, Familien und Freundschaften hinein, und auch hier gilt: Ist das Thema erst einmal angesprochen, prallen nicht selten grundlegend gegensätzliche Haltungen und Positionen aufeinander. Das kann zu Diskussionen oder zu ausgewachsenen Streitereien führen. Die Kontroversen können aber auch persönliche Verunsicherung oder Enttäuschungen hervorrufen, weil man im eigenen Freundes- und Familienkreis bestimmte Haltungen entweder nicht erwartet hätte oder sie besonders schwer erträglich findet.
Aus einer solchen Situation ergeben sich unter Umständen ganz andere Handlungsunsicherheiten, als wenn ich mich mit den Aussagen oder der Haltung einer Person auseinandersetzen muss, die mir weniger nahesteht oder die ich gar nicht kenne.
Es ist etwas Anderes, an der Bushaltestelle oder in der Supermarktschlange den „blöden Spruch" eines unbekannten Menschen zu kontern, als wenn die Mitbewohnerin oder der Onkel neben mir am Küchentisch sitzt und ressentimentgeladene Phrasen in die Welt posaunt. Widersprechen kann ich hier zwar auch, aber die Situation ist damit in der Regel nicht beendet: Früher oder später wird man nämlich aller Wahrscheinlichkeit nach in ähnlicher Konstellation wieder an den Küchentisch und so in die Diskussion zurückkehren. Außerdem spielt die Emotions- und Beziehungsebene eine zentralere Rolle, so dass es häufig auch ein viel dringlicheres Interesse gibt, im Gespräch zu bleiben und mit dem Gegenüber in einen Austausch über die jeweiligen Aussagen und Positionen zu kommen.

Auch für Auseinandersetzungen im privaten Umfeld gilt es, herauszufinden: ***Welches Ziel*** verfolge ich in der jeweiligen Situation? Was will und kann ich erreichen? Möchte ich mein Gegenüber um jeden Preis überzeugen und zum Umdenken bewegen? Will ich meine eigene Haltung zumindest verständlich machen und so einen Perspektivwechsel anbieten? Möchte ich die geäußerte Position auf keinen Fall unwidersprochen stehen lassen? Oder will ich vielleicht einfach verhindern, dass die Diskussion im Streit eskaliert? Im letzten Fall kann es sich lohnen, die Diskussion so „schonend" wie möglich zu beenden oder zu unterbrechen – möglicherweise verbunden mit dem Angebot, zu einem anderen Zeitpunkt weiter zu diskutieren, da jetzt nicht der Zeitpunkt dafür sei: „Ich habe dazu eine andere Meinung, aber vielleicht diskutieren wir lieber später darüber. Jetzt hat Carla Geburtstag und wir wollten Torte essen und ihr einen schönen Geburtstag bereiten."

Wenn ich mit meinem Gegenüber im Gespräch bleiben will, ist es wichtig, ihn oder sie in ihrer Meinung erst einmal ***ernst zu nehmen***, ruhig und sachlich zu bleiben und mich nicht von Wut oder Ärger über das Gesagte leiten zu lassen. Stattdessen hat es sich als Strategie bewährt, immer wieder genau ***nachzufragen*** und um ***Konkretisierungen*** der Problembeschreibung zu bitten. So hat mein Gegenüber die Möglichkeit, eigene Widersprüche in der Argumentation selbst zu erkennen. Grundsätzlich hilft es außerdem, darauf zu achten, sich in der Diskussion nicht von einer (unbelegten) Behauptung zur nächsten jagen zu lassen, sondern im Zweifel einzufordern, ***bei einem Thema zu bleiben*** und dieses zu Ende zu diskustieren. Verfolgt man das Ziel, sein Gegenüber zum Überdenken der eigenen Position anzuregen, kann es hilfreich sein, auf die ***Konsequenzen*** hinzuweisen, die die geäußerte Haltung, Forderung oder Behauptung ganz konkret hätte. Vor allem durch intensives Nachfragen besteht die Möglichkeit, herauszufinden, worum genau es meinem Gegenüber eigentlich geht: um eine tatsächliche konkrete Sorge, um eine gezielte Kritik an einem Umstand? Oder lediglich darum, pauschale Verurteilungen und Ressentiments gegen „die Flüchtlinge", „die Politik" oder „die Gutmenschen" zu artikulieren? Im ersten Fall ist es durchaus denkbar, eine konstruktive Gesprächsebene zu finden, im zweiten Fall werde ich womöglich zu dem Schluss kommen, leider keine gemeinsame Basis zu finden.
Eine solche Situation kann im familiären Kontext oder im näheren Freundeskreis natürlich besonders belastend sein. Die eigenen „***Grenzen der Gesprächsbereitschaft***" aufzuzeigen, die Situation zu verlassen oder die Diskussion begründet abzubrechen funktioniert für Auseinandersetzungen im privaten Bereich nur bedingt. Natürlich ist es möglich, Widerspruch zu äußern oder deutlich zu machen, dass man die Diskussion an dieser Stelle aus bestimmten Gründen nicht weiterführen möchte. Dennoch bleibt der Konflikt anders „im Raum stehen".

Was tun im Streitfall?

Auch im privaten Umgang mit Rassismus und Rechtspopulismus hilft es, vorbereitet zu sein. Sich über eigene Ziele und Möglichkeiten Gedanken zu machen kann helfen, das Gefühl der „Ohnmacht" zu überwinden:

- *SICH ÜBER DIE EIGENEN ZIELE KLARWERDEN* Oft stellen wir sehr hohe Ansprüche an uns. Über mein persönliches Ziel in möglichen Auseinandersetzungen nachzudenken, hilft in konkreten Situationen, den Überraschungsmoment von „Stammtischparolen" zu überwinden. Nicht jede/r lässt sich überzeugen, aber es lohnt sich, die eigene Perspektive deutlich zu machen.
- *HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN PRÄZISE EINSCHÄTZEN* Ist es sinnvoll, mich jetzt einzuschalten? Bringe ich mich selbst in Gefahr? Oder gibt es die Möglichkeit, Verbündete zu suchen und Verantwortliche in die Pflicht zu nehmen? Entsprechend der eigenen Ziele ist es in Ordnung, nicht in jeder Situation einzuschreiten, sondern genau entlang der eigenen Möglichkeiten zu entscheiden.
- *KLARE POSITIONIERUNG* Durch eine deutlich geäußerte Positionierung kann zum einen die übergriffige Person gestoppt oder verunsichert werden, zum anderen wirkt eine solche klare Äußerung vor allem auf die Umstehenden. Unsicheren Beteiligten, aber auch Menschen, die selbst einschreiten wollen, können so Orientierung und Handlungsimpulse gegeben werden.
- *SOLIDARITÄT MIT BETROFFENEN ZEIGEN* Im Mittelpunkt der Überlegungen sollten immer die Betroffenen der Aggression stehen: Wie geht es ihnen, wollen sie Unterstützung, können sie gestärkt werden? Direkte Nachfragen und Ansprachen – „Kann ich Ihnen helfen?" oder „Ich bin nicht damit einverstanden, was Ihnen gerade passiert!" –können hier hilfreich sein und auch den PöblerInnen zeigen, dass die Betroffenen nicht alleine sind.
- *NACHFRAGEN UND KONKRETISIEREN* Das Springen von einer Parole zur anderen ist zentrales Merkmal rechtspopulistischer Rhetorik – wer dagegen argumentiert, kommt sehr schnell in die Defensive und kann nur reagieren. Direkt nachzufragen, auf einzelne Punkte konkret einzugehen und bei einem Thema zu bleiben sind hier aussichtsreiche Strategien, um selbst wieder ins Agieren zu kommen.
- *RUHIG UND SACHLICH BLEIBEN* Auseinandersetzungen im Bus, an der Kasse oder der Kaffeetafel sind anstrengend und machen wütend. Die Emotionalisierung der Auseinandersetzung ist aber Teil des Mechanismus von Parolen und Rechtspopulismus. Daher empfiehlt es sich, möglichst nüchtern zu argumentieren und sich nicht aus der Ruhe bringen zu lassen.
- *GESPRÄCHSPARTNERINNEN ERNST NEHMEN* Je privater die Situation ist, desto wichtiger ist es, das jeweilige Gegenüber wertzuschätzen und möglicherweise geäußerte Erfahrungen ernst zu nehmen. Damit ist nicht gemeint, auf Diskriminierungen und Vorurteile positiv einzugehen. Es geht vielmehr darum, die Grundlage für eine sachliche Auseinandersetzung zu schaffen. Eine Voraussetzung dafür ist natürlich, dass es bei der betreffenden Person ein wirkliches Interesse an einem Gespräch gibt.

Kontakte & AnsprechpartnerInnen

MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS
Die Mobile Beratung leistet Hilfe zur Selbsthilfe und versucht, die vor Ort vorhandenen Ressourcen zu aktivieren und zu vernetzen, um langfristige Wirkungen gegen rechtsextreme Einstellungen und Handlungen zu erzielen. Mobile Beratung hilft, AkteurInnen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, miteinander zu vernetzen. Des weiteren analysiert und dokumentiert die Mobile Beratung fortlaufend rechtsextreme Vorkommnisse und Strukturen in den Regierungsbezirken und sensibilisiert hinsichtlich der Entwicklung ausgrenzender und diskriminierender Einstellungen – explizit auch in der so genannten Mitte der Gesellschaft. In Nordrhein-Westfalen gibt es fünf Mobile Beratungsteams, die bei unterschiedlichen Trägern angesiedelt sind. Sie sind jeweils in einem Regierungsbezirk tätig und dort für alle Ratsuchenden ansprechbar.

www.mobile-beratung-nrw.de

LANDESINTEGRATIONSRAT NORDRHEIN-WESTFALEN
Der Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen ist das demokratisch legitimierte Vertretungsorgan der Integrationsräte in NRW. Er tritt als überparteilicher und fachpolitischer Verband für die kulturelle, soziale, rechtliche und politische Gleichstellung der MigrantInnen, die ihren Lebensmittelpunkt im Land.
Rechts als Kontakt:

Landesintegrationsrat NRW
Haroldstraße 14
40213 Düsseldorf
0211 99 416 0
info@landesintegrationsrat-nrw.de
www.landesintegrationsrat-nrw.de

BERATUNG FÜR BETROFFENE RECHTER UND RASSISTISCHER GEWALT
Die Opferberatung unterstützt Menschen, die von Rechtsextremen bzw. aus rassistisch motivierten Gründen bedroht oder angegriffen wurden. Die MitarbeiterInnen beraten in juristischen Fragen, begleiten auf Wunsch zu Terminen bei der Polizei oder anderen Behörden und vermitteln therapeutische Hilfe. Die Opferberatung arbeitet parteinehmend für die Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt, mobil, vertraulich und unbürokratisch. In NRW gibt es je eine Beratungsstelle in Westfalen und im Rheinland.

Westfalen:
Back Up – Beratungsstelle
für Opfer rechter Gewalt
Königswall 36
44137 Dortmund
0231 532 009 40
0172 10 454 32 (helpline)
contact@backup-nrw.org
www.backup-nrw.org

Rheinland:
Opferberatung Rheinland (OBR)
Volmerswerther Straße 20
40221 Düsseldorf
0211 15 92 55 66
info@opferberatung-rheinland.de
www.opferberatung-rheinland.de

BUNDESVERBAND MOBILE BERATUNG E.V. (BMB)
Im BMB vernetzen sich Beratungsteams aus ganz Deutschland auf der Basis gemeinsamer Fachstandards. Die Zusammenarbeit im Verband ermöglicht fachlichen Austausch, gemeinsame Qualitätsentwicklung und kollegiale Beratung. Seit 2015 ist eines von vier Regionalbüros des BMB bei mobim angesiedelt.

Bundesverband Mobile Beratung e.V.
Bautzner Str. 45
01099 Dresden
0351 500 541 6
kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de
www.bundesverband-mobile-beratung.de

Regionalbüro Münster
klare@bundesverband-mobile-beratung.de
0251 492 7109

Zum weiterlesen

www.miteinander-ev.de/index.php?action=download&id=364
Die Broschüre „Streiten mit Neonazis?" von Miteinander e.V. will helfen, das praktische Wissen in der Auseinandersetzung mit Neonazis zu festigen bzw. bestehendes aufzufrischen

www.kulturbuero-sachsen.de/images/PDF/Dialogpapier_Kulturbro-Sachsen-e.V.pdf
Im Dialogpapier „Reden. Mit wem und in welchem Rahmen?" stellt das Kulturbüro Sachsen e.V. allgemeine Überlegungen zu einem demokratischen Dialog an und gibt praktische Tipps.

http://vaja-bremen.de/wp-content/uploads/2015/02/hinter-der-fassade-2014.pdf
In der Broschüre „Hinter der Fassade" geht die Mobile Beratung „pro aktiv gegen rechts" Bremen grundlegenden Fragen nach: Was ist Rechtspopulismus? Welche Themen werden behandelt, was greift unsere offene Gesellschaft an?